

## ARTIKEL SCHREIBEN FÜR DIE HOCHSCHULZEITUNG IMÜBRIGEN

Die von der BFS Zürich (siehe weiter unten) herausgegebene Hochschulzeitung „ImÜbrigen“ soll eine Plattform für kritische, hochschulpolitische Auseinandersetzungen darstellen. Wir wollen eine offene und anregende Debatte an den Zürcher Hochschulen fördern und sind

jederzeit für Artikel und Anmerkungen von Studierenden, Mitarbeiter\*innen der Zürcher Hochschulen oder sonst Interessierten offen.

Hast du Lust selbst einen Artikel für die Zeitung zu schreiben? Dann melde dich per Mail unter [info@bfs-zh.ch](mailto:info@bfs-zh.ch)

## VERANSTALTUNGS-AGENDA

### März 2018:

10. März	<b>Frauen*demo 2018</b>	18:30 Uhr	Hechtplatz, Zürich
19.-24. März	<b>Aktionswoche Aktion_Bildung</b>	ganze Woche	schweizweit an Schulen und Hochschulen
20. März	<b>VSUZH Podium zu Bildung im Kanton Zürich</b>	18:30 Uhr	Uni Zürich, Hörsaal KOL-F-117
24. März	<b>Grossdemo Bildungsaufstand!</b>	abends	Bern

### April 2018:

6.-8. April	<b>Jugendweekend der BFS/MPS bei Interesse:</b> Mail an <a href="mailto:jugend@bfs-zh.ch">jugend@bfs-zh.ch</a>	ganztags	Zürich
28.-29. April	<b>1. Mai Fest</b>	ganztags	Kasernenareal, Zürich

### Mai 2018:

1. Mai	<b>1. Mai Demo: Block Who Cares</b>	9:30 Uhr	Helvetiaplatz, Zürich
--------	-------------------------------------	----------	-----------------------

Fortsetzung von Seite 3:

All dies wurde nötig, da die Arbeiter\*innen zu hunderten in den Streik traten und die öffentlichen Dienste quasi lahmlegten. Diese studentischen Kampagnen waren bemüht sich als „neutral“ und „unabhängig“ darzustellen. Trotzdem überraschte es wohl niemanden, dass die Universität Zürich in den 30er-Jahren zu einer Brutstätte des Frontismus wurde.

### Streiks heute

Heute steht es schlecht aus um den Streik. Die Gewerkschaften suhlen sich in der Bequemlichkeit der Sozialpartnerschaft, kommt es zu aktiven Streiks zeren die Bürokrat\*innen die kämpfenden Arbeiter\*innen lieber an den Verhandlungstisch mit den Bossen als die Kämpfe zu intensivieren. Andere Länder zeigen aber, wie mächtig und wie wichtig der Streik als politische Waffe nach wie vor sein kann. Ausserdem wird der Streik wieder zunehmend auch Bezugspunkt von sozialen Bewegungen. In Italien gab es Frauenstreiks, in den USA migrantische Streiks. Dazu sollten wir nicht vergessen, dass der grösste Streik in der schweizerischen Geschichte nicht der Landesstreik, sondern der Frauenstreik von 1991 mit über einer halben Million Teilnehmer\*innen war. Gerade um den 8. März, dem internationalen Frauenkampftag macht es auch Sinn, sich dieser Geschichte wieder vermehrt bewusst zu werden.

**Demo zum internationalen Frauenkampftag: 10.03.2018, 13:30, Hechtplatz Zürich**

## STRATEGIEPROGRAMM VON AVENIR SUISSE:

# DIE FORTSCHRITENDEN ANGRIFFE AUF DIE HOCHSCHULBILDUNG



Medienkonferenz der Avenir Suisse

Bild: [youtube.com/user/zukunftschweiz](https://www.youtube.com/user/zukunftschweiz)

**Die Hochschulen verändern sich weiter. Zwar sind die ersten Bologna-Reformen bereits normalisiert, verdrängt und vergessen. Weitere Reformen finden aber statt und werden geplant. Gleichzeitig werden im Rahmen von Abbau- und Sparmassnahmen Beiträge an Hochschulen gekürzt und Studiengebühren erhöht. Die Studierenden sind bisher relativ ruhig. Das soll sich ändern.**

### Verschlechterungen für die Studierenden

Im Herbst 2017 wurde an verschiedenen Schweizer Hochschulen bekanntgegeben, dass die Studiengebühren erhöht werden sollen. An den Universitäten Basel, Fribourg, und Bern wurde dies bereits definitiv entschieden. Für die beiden ETHs in Zürich und Lausanne wird über eine Erhöhung der Gebühren um 500.- pro Jahr anfangs März entschieden. Für eine Erhöhung an der Universität Zürich ist immer noch ein Antrag im Kantonsrat offen.

Nebst den sehr konkreten Verschlechterungen

finden auch nuanciertere statt. So wurde an der Philosophischen Fakultät der UZH das Fächerangebot durch das Streichen der 30er-Nebenfächer reduziert, die Bachelorstudiengänge verallgemeinert und das Mayor/Minor (120/60 ECTS) durchgesetzt. Diese Verallgemeinerung des Bachelors ist im Interesse der bürgerlichen Parteien und neoliberalen Verbände wie Avenir Suisse oder Economiesuisse. Ihre Hauptinteressen sind eine Orientierung der (Aus-)Bildung an den Interessen der Privatwirtschaft, eine höhere Selbstfinanzierung der Studierenden (d.h. Erhöhung der Studiengebühren und möglichst geringe Finanzierung der Hochschulen durch Steuergelder. Die privatwirtschaftlichen Unternehmen haben wenig Verwendung für eine grosse Masse spezialisierter Bachelorstudierten. Gleichzeitig haben sie ein hohes Interesse an hochspezialisierten (Master-) Abgänger\*innen (ausser vielleicht in den Geisteswissenschaften.) Die Abkoppelung der universitären Masterstudien-

### Avenir Suisse und ihre Vision

In diesem Sinne lässt sich auch das 10-Punkte-Strategieprogramm von Avenir Suisse „Exzellenz statt Regionalpolitik im Schweizer Hochschulraum“, welches im Januar 2018 veröffentlicht wurde, verstehen. Nebst Studiengebührenerhöhungen und mehr privaten Drittmitteln wird auch eine höhere Selektion durch Aufnahmeverfahren wie Eignungstests und Bewerbungen sowohl vor dem Bachelor, wie auch dem Master gefordert. Grundsätzlich geht es ihnen darum, dass die Universitäten zu einem Ausbildungstool der Schweizer Wirtschaft werden. Da diese zum grössten Teil aus hochspezialisierten Industrie-, Chemie-, Pharma- und Finanzunternehmen besteht, ist also für diese auszubilden. Die ganze Vision bezieht sich natürlich auch nicht nur auf das Studienangebot der Hochschulen, sondern auch auf die Forschungsfinanzierung, beispielsweise des Schweizer Nationalfonds (SNF). Bei dieser soll das Wettbewerbselement gestärkt werden, gleichzeitig sollen private „Investoren“ mehr investieren und bestimmen können. *Fortsetzung auf Seite 2.*

**STUDIENDENSTREIK IN BERLIN**

**UK: PERSONALSTREIK AN UNIS**

**LANDESSTREIK IN PERSPEKTIVE**

## WER SIND WIR

Die Bewegung für den Sozialismus – BFS ist eine antikapitalistische, feministische Organisation, die sich unter anderem an der Uni Zürich engagiert. Normalerweise tun wir dies in enger Zusammenarbeit und im Rahmen der Uni-Organisation *kritische Politik – kriPo*. Wir sind der Meinung, dass Universitäten und Hochschulen wichtige Orte für politische Forderungen nach selbstbestimmter Bildung frei von Konzerninteressen sein sollten. Zudem sind es Orte, an denen sich gesellschaftliche Diskussionen und Widersprüche zeigen. Diese können wir mit einer ganz grundsätzlichen Politik für eine gerechtere Gesellschaft verbinden. Weitere Informationen über unsere Arbeit in verschiedenen anderen Bereichen (Ökologie, Feminismus, Antirassismus), an anderen Orten (bspw. Kantons- oder Berufsschulen) oder in anderen Städten (Genf, Fribourg, Bellinzona, Basel, Luzern) findest du auf unserer Website [sozialismus.ch](http://sozialismus.ch) oder indem du uns eine Mail schreibst.

### BFS Zürich

- ✉ [info@bfs-zh.ch](mailto:info@bfs-zh.ch)
- 📘 Bewegung für den Sozialismus - BFS
- 📺 Bewegung für den Sozialismus - BFS

### BFS Jugend Zürich

- ✉ [jugend@bfs-zh.ch](mailto:jugend@bfs-zh.ch)
- 📘 BFS Jugend Zürich
- 📺 @bfs\_jugend\_zh

### sozialismus.ch

- Deutschsprachiges Onlineportal der BFS mit Hintergrundtexten, Analysen und Berichten zu aktuellen Themen und Zeitgeschehnissen.
- 📱 [sozialismus.ch](https://www.sozialismus.ch) App (im App Store und Google Play Store)
- ☎ 077 487 01 44 (Newsletter: Nachricht „START“ senden)
- 🐦 @sozialismus\_ch



Fortsetzung von Seite 1:

**Avenir Suisse und ihr Einfluss**

Leider lassen sich die Visionen von Avenir Suisse nicht als neoliberale Hirngespinnste abtun. Der Einfluss von Avenir Suisse ist real und zeigt sich beispielsweise dadurch, dass der Präsident des ETH-Rates Fritz Schiesser dazu noch Stiftungsrat von Avenir Suisse ist<sup>1</sup>. Auch ihre Freunde von der Economiesuisse sitzen in diesen Gremien, in den Uniräten von Basel und Zürich sitzen deren Vertreter. Die Zusammenarbeit von Avenir Suisse und Economiesuisse ist bedeutsam, ihre 2004 gemeinsam Angelegte Studie für neue Wege zur Hochschulfinanzierung war die strategische Grundlage für die erfolgreiche Forderung der Bürgerlichen nach Studiengebührenerhöhung. Zwischen 2004 und 2013 erhöhten sich an den Unis die durchschnittlichen Studiengebühren pro Semester um 100 Franken (an den FHs sogar um 200 Franken zwischen 2007 und 2013).

Nebst ökonomischen Angriffen finden auch ideologische statt. Nebst dem generellen Hetzen gegen die „linken“ Hochschulen, beziehungsweise vor allem die

Geisteswissenschaften, finden auch Kampagnen gegen einzelne Dozent\*innen statt. Sei es mit der Weltwoche-Kampagne um die Entlassung Mörgelis oder der breiteren Hetzkampagne der BaZ gegen die Basler Geschlechterforscherin und Soziologin Franziska Schutzbach, bei welcher auch weitere bürgerliche Medien mitzogen. Um den ihnen Unliebsamen beizukommen, wünschen sich die Rechten vermutlich wieder ein Berufsverbot für Linke und sonstige Andersdenkende wie in den 80er Jahren zurück.

**Wie weiter? – Was können wir tun?**

In Anbetracht der bürgerlichen Mehrheiten im Bundesparlament und in vielen Kantonsparlamenten, und keiner absehbaren Gegenwende zur Rechtsentwicklung, lassen sich aufgrund der Visionen und Strategien von Avenir Suisse noch gravierendere Verschlechterungen im Schweizer Bildungswesen vermuten. Gerade wenn wir Student\*innen, Forscher\*innen und anderen Angestellten an Hochschulen so schlecht organisiert und aktiv wie selten zuvor scheinen. Doch auch hier gibt es Pläne dies zu ändern. Am 24. März wird es

zum ersten Mal seit langem eine schweizweite Demonstration gegen Kürzungen im Bildungsbereich und für eine emanzipatorische und partizipative Bildung geben. In der Woche vor der Demo wird es zudem in vielen Städten Aktionen und Veranstaltungen zu diesem Thema geben. Mehr Infos dazu gibt es auf bildungsaufstand.ch. Nebst diesen konkreten Aktionen gibt es aber auch schwierigere Aufgaben zu lösen. Um den Angriffen der Bürgerlichen und Rechten entgegenzutreten zu können braucht es eine organisierte, vernetzte und starke Gegenstimme. Diese müssen wir aufbauen.

<sup>1</sup> Dem Autor ist unklar wie sich dies mit der Forderung von Avenir Suisse nach einer Entpolitisierung der Hochschulgremien vereinbar ist. Gut diese Forderung ist sowieso absurd/Ausdruck der neoliberalen Hegemonie über den Begriff politisch. Bildung ist immer politisch!

**Quellen:**

<https://www.avenir-suisse.ch/publication/hochschulraum-schweiz/> (2018)  
<https://www.avenir-suisse.ch/publication/neue-wege-zur-hochschulfinanzierung/> (2004)

**GROSSBRITANIEN**

**UNIVERSITÄTSPERSONAL STREIKT**

**Die Universitäts- und College-Dozierenden in Grossbritannien haben Ende Februar 2018 während 2 Tagen ihre Arbeit niedergelegt. Sie bekämpften mit dieser Massnahme eine Reform, die ihre zukünftigen Renten komplett von den Finanzmärkten abhängig machen möchte. Damit wären keine Garantien über die zukünftige Höhe der Renten mehr vorhanden. Die University and College Union (UCU), die den Streik anführte, drohte diesen bis in den März und damit in die Prüfungszeit hinein zu verlängern. Mittlerweile hat die Arbeitsniederlegung so viel Druck erzeugt, dass die Gespräche über die Reformen wiederaufgenommen wurden. Es ist zu hoffen, dass damit die Renten vorerst gesichert sind.**

Dass in Grossbritannien, in einer historischen Tiefphase der Streikaktivitäten in allen möglichen Branchen, gerade universitär Angestellte und akademisch Ausgebildete sich auf einen Streik einlassen, mag auf den ersten Blick erstaunen. Bei ge-

nauerer Betrachtung löst sich die Verwunderung aber auf. Denn die Universitäten in Grossbritannien haben eine brutale Entwicklung hin zur Prekarisierung ihres Personals hinter sich. Eine Entwicklung, die wir an fast allen europäischen und amerikanischen Universitäten beobachten können. Mittlerweile sind teilweise bis zu 75% der Dozierenden und Lehrbeauftragten mit temporären oder unsicheren Arbeitsverträgen ausgestattet. Und viele, die im Februar gegen die Rentenreform streikten, sind eigentlich gar nicht direkt davon betroffen, weil ihre Löhne nicht reichen, um in das Rentensystem überhaupt einzuzahlen. Ihre Sorgen gehen noch viel weiter: Werden sie, abgesehen von einer gesicherten Rente, überhaupt jemals ein gesichertes Einkommen haben?

Ein grosser Teil derjenigen, die jetzt auf den Streikposten standen, kollektive „Teach-outs“ organisierten, sich in den Eingangshallen der Universitäten oder auf Protesten trafen, sind PhD- und Postdoc-

Forschende. Neben ihren gemeinsamen Sorgen verbindet diese eine zentrale Erfahrung, und das sind die Studierendenproteste 2010, die damals gegen die Sparpolitik der konservativen Regierung in der Hochschulbildung und gegen die Erhöhung der Studiengebühren stattfanden. Die damals mit grosser Heftigkeit geführten Proteste konnten die Angriffe auf das Bildungssystem zwar nicht abwehren. Dennoch zeigen die aktuellen Ereignisse, dass solche kollektiven Erfahrungen unglaublich wichtig sind, wenn reale Verbesserungen erkämpft werden sollen. Wir wünschen den kämpfenden Lehrbeauftragten in GB weiterhin viel Kraft und Erfolg! Ihr Kampf ist auch unserer!

Für einen ausführlicheren Überblick über die Hintergründe des Streiks empfehlen wir folgenden Artikel von unserer Website: <https://sozialismus.ch?p=9398>



**BERLIN**

**STREIKS AN DEN HOCHSCHULEN**

**Vom 14-16. Februar streikten in Berlin zum vierten Mal die studentischen Angestellten an den Hochschulen. Ihr Ziel ist es einen neuen Tarifvertrag (vergleichbar mit Gesamtarbeitsverträgen in der Schweiz) zu erkämpfen. Ihre Hauptforderung dabei ist eine Erhöhung des Mindestlohnes auf 14 Euro pro Stunde, um die Löhne an die Wirtschafts- und Lohnentwicklungen anzupassen. Der immer noch gültige Tarifvertrag (TV Stud II) wurde 1986 in einem mehrwöchigen Streik erkämpft. 2001 wurde die dynamische Anpassung der Löhne an die Inflation aufgelöst und die Löhne liegen seit dann auf 11 Euro pro Stunde. Das bedeutet seither eine massive Lohnsenkung für die über 8000 studentischen Beschäftigten in Berlin.**

Seit mehr als einem Jahr laufen nun die Proteste, Kämpfe und die Verhandlungen zwischen den Hochschulen und den Gewerkschaften/Student\*innen. Die Angebote der Hochschulen blieben bisher hinter den Erwartungen zurück, im Dezember 2017 boten sie eine schrittweise Erhöhung auf 12.50 Euro und keine dynamische Koppelung der Löhne, weder an

die Inflation noch an andere Tarifverträge. Auch alle anderen Forderungen, beispielsweise nach längerer Lohnfortzahlung bei Krankheit oder der Festlegung von Angemessenen Vor- und Nachbereitungszeiten für Tutorien wurden von den Hochschulen bisher abgelehnt. Während des Streiks kam es am 14. Februar zu einer weiteren Eskalation. Die Streikenden wollten eine öffentliche Sitzung des akademischen Senats der Freien

Universität Berlin besuchen. Sie wurden jedoch von 20 bewaffneten Polizist\*innen von der Teilnahme an der Sitzung abgehalten. Ebenso skurril ist auch der Umstand, dass die Universitäten bereits seit Jahren mit höheren Löhnen der Studentischen Angestellten budgetieren. Das Geld wäre also vorhanden. Wir solidarisieren uns mit den Streikenden und wünschen ihnen ein erfolgreiches Gelingen ihres Kampfes!



Protestaktion der studentischen Hilfskräfte

Bild: jungewelt.de

**100 JAHRE LANDESSTREIK**

**STUDIERENDE UND DER LANDESSTREIK 1918**

**100 Jahre Landesstreik heisst auch hundert von Artikeln, Fernsehdokumentationen und Geschichtswerken, die den Aufstand der Arbeiter\*innen gegen Hunger und Armut aus heutiger Sicht rezipieren. Dabei wird der Landesstreik von 1918 oft als „Ausnahme“ in seiner sonst so friedlichen bürgerlichen Geschichte dargestellt. Eine eigentliche Streikwelle erlebte die Schweiz aber bereits von 1904-1907, wo es pro Jahr zu über 250 Arbeitskämpfen kam. Mit dem Krieg erreichte die soziale Frage eine neue Dringlichkeit: Gerade Frauen waren stark an Marktaufständen oder Hungermärschen beteiligt. Die Gewalt, mit der das reaktionäre Bürgertum auf die progressiven**

**Forderungen der Arbeiter\*innen reagierten waren für die Gewerkschaften nichts Neues: Beim Tunnelbau zum Gotthard im Jahr 1875 etwa schoss die Armee bereits auf die Arbeiter\*innen, die gegen die katastrophalen Bedingungen beim Gotthardbau demonstrierten.**

**Das reaktionäre Bürgertum und seine studentischen Stiefellecker** Landesstreik hiess Aufstand gegen Armut und Hunger, kombiniert mit vielfältigen Forderungen (etwa das Frauenwahlrecht oder eine Altersvorsorge) gegen ein eingeschüchtertes Bürgertum, dass aus der Defensive heraus seine hässlichste Fratze

zeigte. An vorderster Front der Armeeführung, die den Schiessbefehl gegen die Streikenden erteilten, standen Leute, die wenige Jahre später die Nähe zu Hitler-Deutschland suchten und sich in der Frontenbewegung organisierten. Ähnliche Entwicklungen zeigten sich auch in der bürgerlich geprägten Studierendenschaft der Universität Zürich. In ihren Kampagnen gegen den Landesstreik wurde sogar angedacht bewaffnete Einheiten zu bilden. Schlussendlich fungierten sie als Postboten für die reaktionäre Hetzzeit, als Chauffeure für bürgerliche Eliten oder als Hilfskräfte in den Telegraphenstationen. Fortsetzung auf Seite 4.